



Oktober 2008

**Eine Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und sieben Tageszeitungen**

Der Inhalt dieses Berichtes darf ganz oder teilweise nur mit unserer schriftlichen Genehmigung veröffentlicht, vervielfältigt, gedruckt oder in Informations- und Dokumentationssystemen (information storage and retrieval systems) gespeichert, verarbeitet oder ausgegeben werden.



© Infratest dimap, Moosdorfstraße 7-9, 12435 Berlin

Untersuchungsanlage

ARD - DeutschlandTREND Oktober 2008

Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag der ARD-Tagesthemen und sieben Tageszeitungen

Untersuchungsanlage

Grundgesamtheit:	Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland ab 18 Jahren	
Stichprobe:	Repräsentative Zufallsauswahl / Randomstichprobe	
Erhebungsverfahren:	Computergestützte Telefoninterviews (CATI)	
Fallzahl:	1.000 Befragte (700 West / 300 Ost) Sonntagsfrage: 1.500 Befragte (1063 West / 437 Ost)	
Erhebungszeitraum:	29. bis 30. September 2008 Sonntagsfrage: 29. September bis 1. Oktober 2008	
Fehlertoleranz:	1,4* bis 3,1** Prozentpunkte * bei einem Anteilswert von 5 % ** bei einem Anteilswert von 50 %	
Durchführendes Institut:	Infratest dimap	
Ihre Ansprechpartner:	Richard Hilmer Reinhard Schlinkert	 030/533 22 - 113  0228/329 69 - 3

Analyse

ARD-DeutschlandTREND Oktober 2008

Die aktuelle Bank- und Finanzkrise bereitet den Deutschen erkennbar Sorgen. Sieben von zehn Bundesbürgern erwarten, dass auch in Deutschland Banken pleite gehen. Staatliche Rettungsaktionen für angeschlagene private Kreditinstitute werden von einer knappen Mehrheit der Bundesbürger zwar als ultima ratio akzeptiert, zugleich sind sie sich einig, dass es ärgerlich ist, wenn am Ende der Steuerzahler einspringen muss. Die Bank- und Finanzkrise lässt die wirtschaftliche Stimmung der Bundesbürger nicht unberührt: die wirtschaftlichen Erwartungen haben sich deutlich verschlechtert. Sechs von zehn befürchten eine negative wirtschaftliche Entwicklung in den nächsten zwölf Monaten, so viele wie nie zuvor im DeutschlandTREND.

Die nun feststehenden Spitzenkandidaten von Union und SPD für die Bundestagswahl 2009 liefern sich aktuell im Urteil der Bundesbürger ein spannendes Duell: Jeweils sieben von zehn äußern sich zur Arbeit der CDU-Kanzlerin bzw. des SPD-Vizekanzlers wohlwollend. In der Kanzlerpräferenz hat Frank-Walter Steinmeier jedoch weiterhin das Nachsehen. Auch nach der Klärung der Kandidaten-Frage bei den Sozialdemokraten wünscht sich nur jeder Dritte ihn ins Kanzleramt. Angela Merkel dagegen kann auf den Zuspruch von 53 Prozent setzen, nach 48 Prozent im Vormonat.

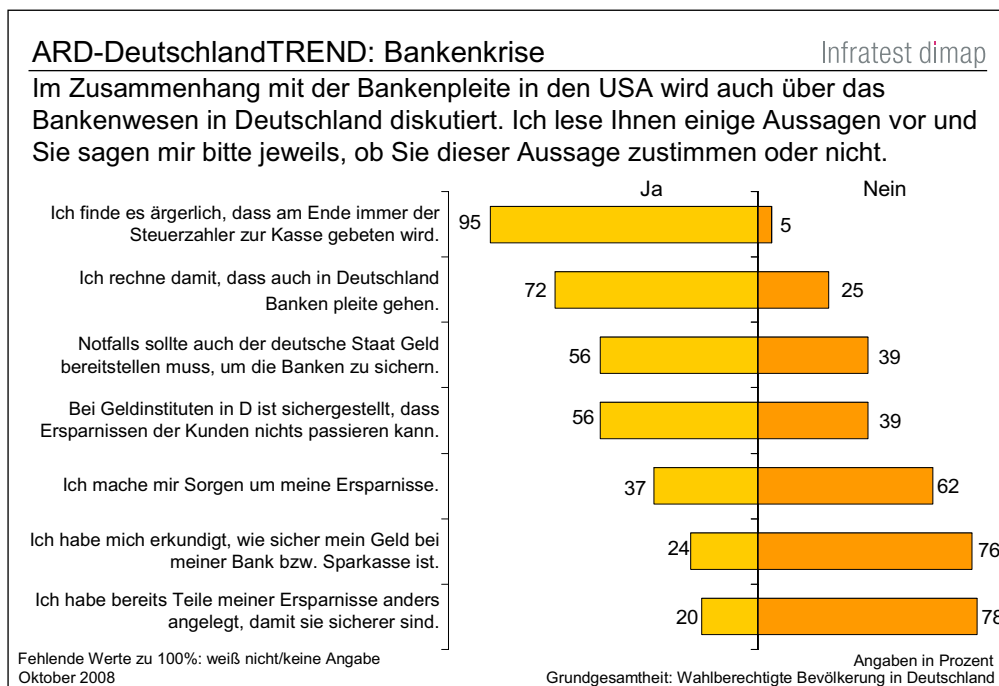
Ein Problem des populären SPD-Kandidaten scheint darin zu bestehen, dass viele Bundesbürger zwar von ihm ein Bild als Außenpolitiker, kaum aber als Innen- und Parteipolitiker haben. Entsprechend wird ihm im Vergleich zur Kanzlerin nicht nur seltener wirtschaftspolitischer Sachverstand zugeschrieben, auch auf dem SPD-Traditionsfeld, der sozialen Gerechtigkeit bzw. beim Einsatz für die sozial Schwachen setzen die Deutschen aktuell eher auf die CDU-Politikerin, ebenso hinsichtlich der Vertrautheit mit den Problemen der Bürger. Unter dem Strich wird ihm aktuell nur halb so häufig wie der Amtsinhaberin zugetraut, die Zukunftsprobleme in Deutschland lösen zu können.

Die Verlierer der Bayernwahl geben auch in der bundespolitischen Stimmung nach. Die Union verliert gegenüber dem Vormonat einen Punkt und käme derzeit auf 35 Prozent. Die SPD gibt im gleichen Umfang ab und hätte 25 Prozent in Aussicht. An Rückhalt verliert auch die im Freistaat an der 5-Prozenthürde gescheiterte Linkspartei (-2), sie würde derzeit bundesweit auf 11 Prozent kommen. Die FDP verbessert sich gegenüber September um 2 Punkte und käme auf 13 Prozent. Die Grünen legen um 1 Punkt zu und hätten 11 Prozent in Aussicht. Alle anderen Parteien kämen zusammen genommen auf 5 Prozent, darunter auch im nennenswerten Umfang die Freien Wähler. Erstmals seit Dezember schneiden damit Union und FDP im DeutschlandTREND stärker ab als SPD, Grüne und Linkspartei.

Das sind die wichtigsten Ergebnisse des ARD-DeutschlandTREND vom Oktober, den Infratest dimap im Auftrag der ARD-Tagesthemen und von sieben Tageszeitungen erstellt hat. Im Rahmen einer repräsentativen Erhebung wurden in der Zeit vom 29. bis 30. September 1.000, für die Sonntagsfrage vom 29. September bis 01. Oktober 1.500 wahlberechtigte Personen telefonisch befragt. Die Anlage der Erhebung lässt verallgemeinerungsfähige Aussagen für alle Wahlberechtigten in Deutschland zu, bei einer Fehlertoleranz von plus/minus 1,4 bis 3,1 Prozentpunkten.

Bank- und Finanzkrise: sieben von zehn rechnen mit Banken-Pleiten in Deutschland

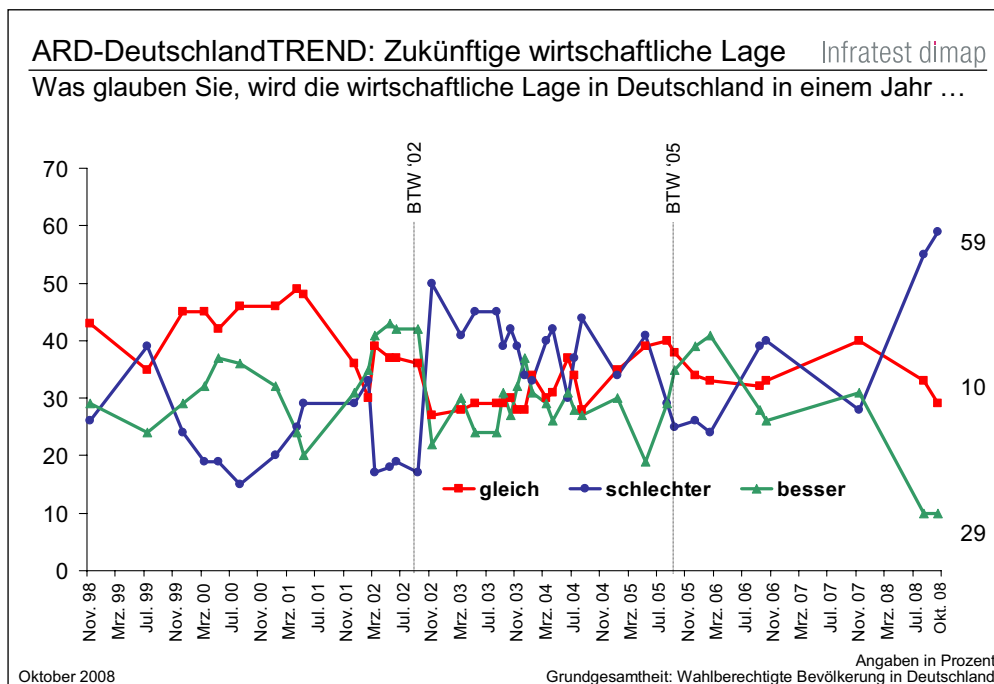
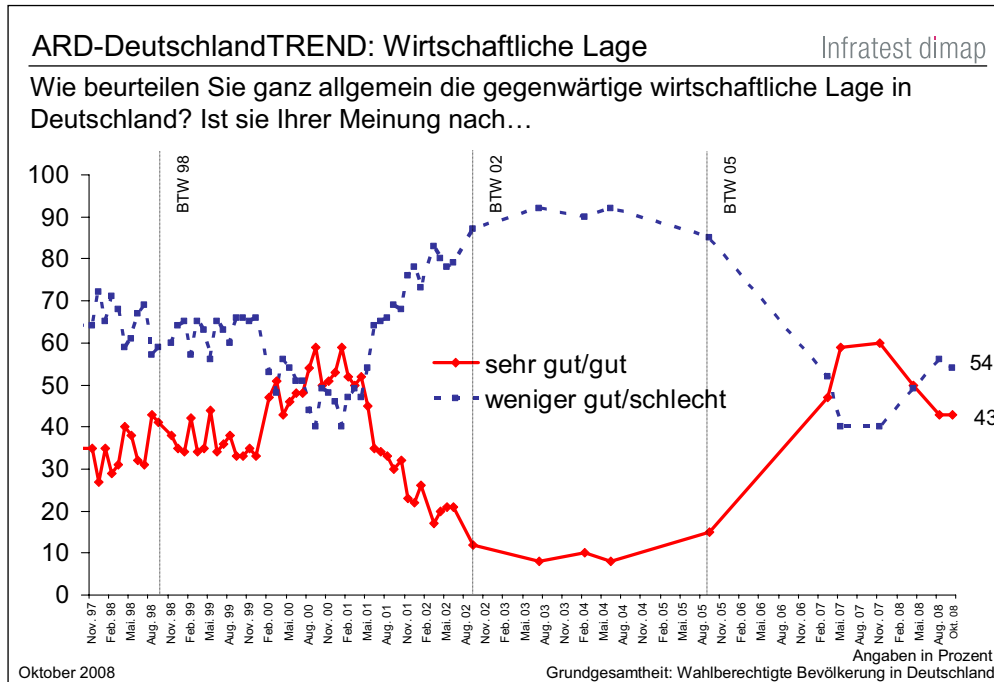
Die aktuelle Bank- und Finanzkrise bereitet auch den Deutschen erkennbar Sorgen. Nachdem Anfang dieser Woche bekannt wurde, dass mit der Hypo Real Estate auch ein deutscher Immobilienfinanzierer in eine bedrohliche Schieflage geraten ist, gilt aus Sicht der Deutschen ein Übergreifen der Krise auf den hiesigen Finanzmarkt als kaum vermeidbar: Sieben von zehn Bundesbürgern (72 Prozent) erwarten nunmehr, dass auch in Deutschland Banken pleite gehen. Staatliche Rettungsaktionen für angeschlagene private Kreditinstitute, wie jetzt bei der Hypo Real Estate, werden von einer knappen Mehrheit der Bundesbürger zwar als ultima ratio akzeptiert, so gut wie alle Bürger (95 Prozent) finden es allerdings ärgerlich, dass am Ende der Steuerzahler zur Kasse gebeten wird.



Mit Blick auf ihre eigenen Bankeinlagen überwiegt bei den Deutschen derzeit die Zuversicht: 56 Prozent gehen davon aus, bei Geldinstituten in Deutschland sei sicher gestellt, dass den Ersparnissen der Kunden nichts passieren kann. Sechs von zehn (62 Prozent) machen sich entsprechend keine Sorgen um ihr Ersparnis. Immerhin jeder vierte Bundesbürger (24 Prozent) aber hat sich in den letzten Tagen erkundigt, wie sicher sein Geld bei Banken und Sparkassen wirklich ist, jeder fünfte (20 Prozent) hat angesichts der Turbulenzen an den Börsen und Finanzmärkten zumindest einen Teil seiner Ersparnisse neu angelegt.

Bank- und Finanzkrise drückt auf wirtschaftliche Erwartungen

Die Bank- und Finanzkrise lässt die wirtschaftliche Stimmung der Bundesbürger nicht unberührt: Aktuell bewerten nur 43 Prozent die wirtschaftliche Situation positiv, 54 Prozent aber bezeichnen sie als weniger gut oder schlecht.



Während damit die aktuelle Lage ähnlich bewertet wird wie im Spätsommer, haben sich die wirtschaftlichen Erwartungen weiter deutlich verschlechtert. Aktuell befürchten sechs von zehn (59 Prozent) eine negative wirtschaftliche Entwicklung für die nächsten zwölf Monate, so viele wie nie zuvor im

DeutschlandTREND. Gerade einmal drei von zehn (29 Prozent) erwarten keine wesentlichen Veränderungen, nur einer von zehn (10 Prozent) setzt binnen Jahresfrist auf eine fortgesetzte Verbesserung der wirtschaftlichen Lage. Vor knapp einem Jahr rechnete nur ein Drittel mit einer Verschlechterung.

Parteikompetenzen: Schwäche von Union und SPD in steuerpolitischen Fragen und im Umgang mit öffentlichen Geldern

Noch hinterlässt die Eintrübung der wirtschaftlichen Stimmung, insbesondere der wirtschaftlichen Erwartungen im Kompetenzurteil der Bundesbürger nur wenig Spuren. Die Zahl derer, die keiner Partei zutrauen, die Wirtschaft in Deutschland voran zu bringen, ist gegenüber Juni nur leicht auf 24 Prozent gestiegen. Weiterhin wird der **Union** mit Abstand das meiste Vertrauen in Wirtschaftsfragen entgegen gebracht (Union: 44 Prozent; SPD: 17 Prozent). Allerdings verliert sie kurzfristig an Sachvertrauen (-3) und bleibt trotz der positiven wirtschaftlichen Entwicklung der letzten Monate mittlerweile deutlich hinter früheren Werten zurück. Jenseits der Wirtschaftspolitik gelingt es der Union nur in der Bildungspolitik, größeres Vertrauen an sich zu binden (Union: 30; SPD: 26 Prozent). Ungeachtet der Sommer-Bildungsreise der CDU-Kanzlerin muss die Union hier Federn lassen (-6).

ARD-DeutschlandTREND: Parteienkompetenz		Infratest dimap				
Ich nenne Ihnen jetzt einige ausgewählte politische Aufgaben. Bitte sagen Sie mir jeweils, welcher Partei Sie am ehesten zutrauen, diese Aufgaben zu lösen.						
Höchster Wert farbig unterlegt	CDU/CSU	SPD	FDP	Linke	Grüne	Keiner Partei/ weiß nicht
Die Wirtschaft in Deutschland voranbringen	44 (-3)	17 (+2)	11 (±0)	2 (-1)	1 (-1)	24 (+3)
Eine gute Bildungspolitik betreiben	30 (-6)	26 (-1)	8 (+2)	5 (-1)	6 (±0)	23 (+5)
Für ein gerechtes Steuer- und Abgabensystem sorgen	21	24	13	5	3	32
Für soziale Gerechtigkeit sorgen	18 (+1)	35 (+1)	5 (-3)	10 (-3)	7 (±0)	23 (+3)
Sorgsam mit dem Geld des Steuerzahler umgehen	17	17	9	3	5	47
Sich um die Sorgen der kleinen Leute kümmern	13	32	5	13	6	27
Die wichtigsten Probleme in Deutschland lösen	33 (±0)	20 (+4)	4 (-1)	2 (-2)	3 (-1)	35 (-1)

Angaben in Klammern: Vgl. zu Juni 2008
 Fehlende Werte zu 100%: andere Partei/keine Angabe
 Oktober 2008

Angaben in Prozent
 Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland

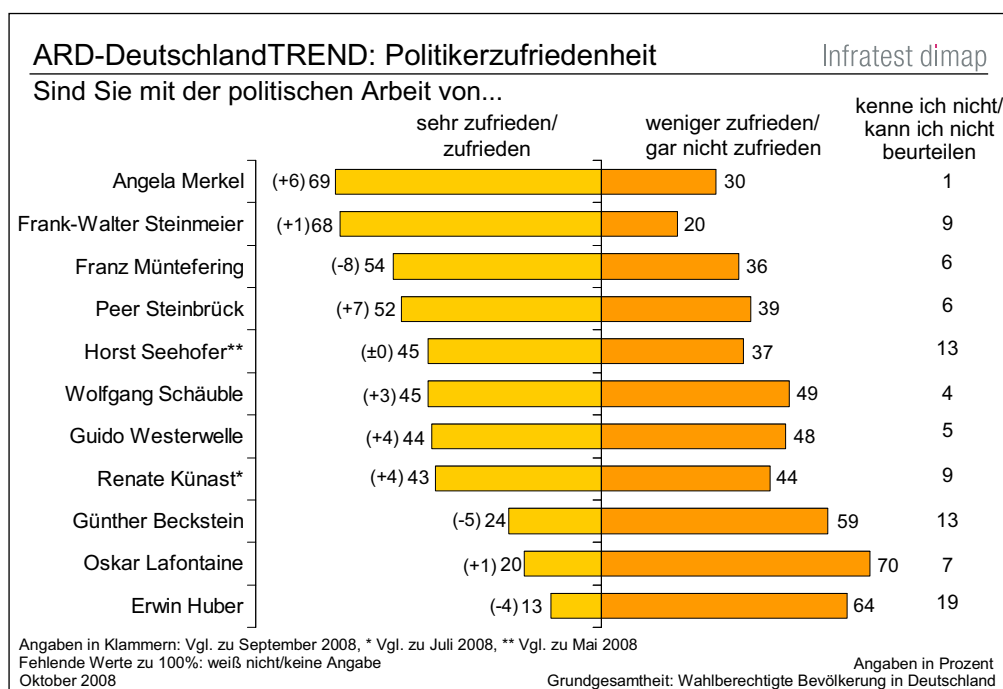
Die **SPD** gilt eher als andere Parteien als die Kraft, die sich um die Sorgen der kleinen Leute kümmert (32 Prozent). Auch sichert sie sich weiterhin auf dem Feld der sozialen Gerechtigkeit das größte Sachvertrauen (35 Prozent). So wie die Union in Wirtschaftsfragen reicht auch die SPD in ihrem Traditionsfeld nicht an ihre früheren Kompetenzwerte heran. Dies wiegt umso schwerer, als nach wie vor eine Mehrheit der Deutschen (56 Prozent; - 8 Punkte) über ungerechte soziale Verhältnisse im Land klagt.

Vergleichsweise wenig Vertrauen sichern sich Union und SPD momentan in Fragen eines gerechten Steuer- und Abgabensystems (Union: 21; SPD: 24 Prozent) sowie des sorgsamem Umgangs mit Steuergeldern (jeweils 17 Prozent). Von den kleinen Parteien erweist sich hier im Urteil der Bundesbürger vor allem die **FDP** als profiliert. Darüber hinaus binden die Liberalen wie gehabt erkennbar Sachvertrauen in Fragen der Wirtschafts- (11 Prozent) sowie der Bildungspolitik (8 Prozent). Die **Linkspartei** wird vor allem als Partei wahrgenommen, die sich um die kleinen Leute kümmert (13 Prozent) und sich für soziale Fragen stark macht (10 Prozent). Allerdings verliert sie im Einsatz für soziale Gerechtigkeit gegenüber Juni an Zuspruch (-3). Den **Grünen** wird außerhalb der Umweltpolitik in erster Linie in Gerechtigkeitsfragen (7 Prozent) bzw. hinsichtlich der Sorge um die kleinen Leute (6 Prozent) Vertrauen entgegengebracht, darüber hinaus in der Bildungspolitik (6 Prozent).

In der summarischen Frage, wer die wichtigsten Probleme Deutschlands am besten lösen kann, setzen wie im Juni 33 Prozent auf die Union. Die SPD legt auf niedrigem Niveau zu und überzeugt aktuell jeden fünften Bundesbürger (20 Prozent).

Politikerzufriedenheit: Merkel wieder knapp vor Steinmeier

Die nun feststehenden Kontrahenten von Union und SPD im Bundestagswahljahr 2009, Angela Merkel und Frank-Walter Steinmeier, liefern sich im Oktober im Urteil der Bundesbürger ein spannendes Duell: Jeweils sieben von zehn äußern sich zur Arbeit der CDU-Kanzlerin (69 Prozent) bzw. des SPD-Vizekanzlers (68 Prozent) wohlwollend. Angela Merkel legt gegenüber dem Vormonat deutlich zu, sie liegt nun erstmals seit Mai – wenn auch knapp – wieder vor dem Bundesaußenminister.

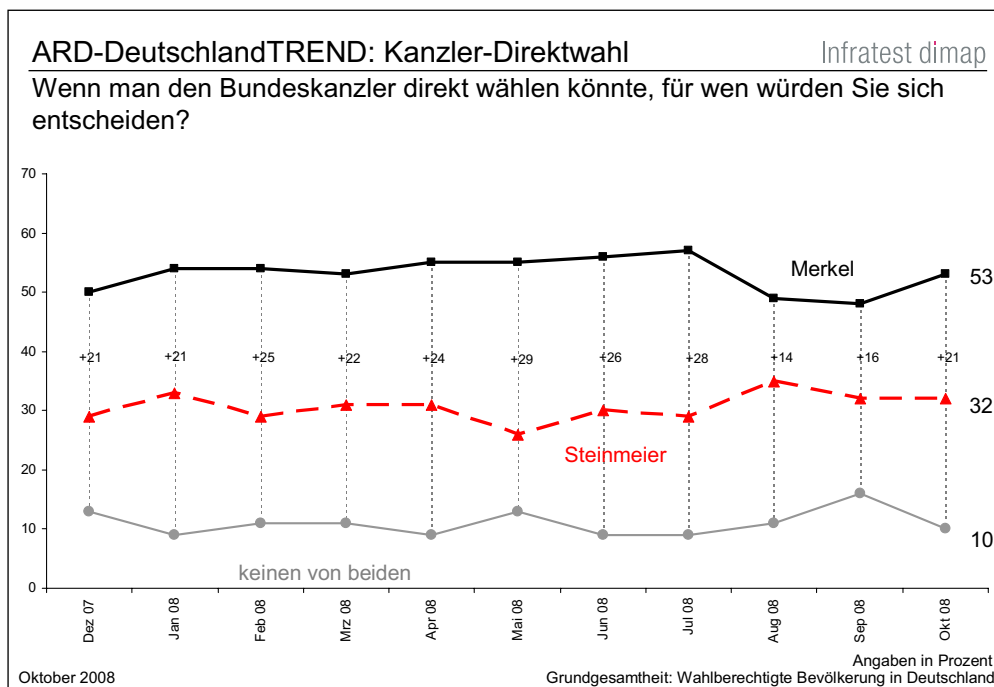


Auf Platz Drei rangiert trotz Einbußen wie im Vormonat der designierte SPD-Bundesvorsitzende, Franz Müntefering (54 Prozent; -8). Ihm folgt Finanzminister Peer Steinbrück (52 Prozent), der mit seinem bisherigen Auftreten während der Finanzkrise Sympathien gewinnt (+7). Auf den mittleren Rängen finden sich Innenminister Wolfgang Schäuble (45 Prozent), der FDP-Vorsitzende Guido Westerwelle (44 Prozent) sowie die Grünen-Fraktionsvorsitzende Renate Künast (43 Prozent), die sich allesamt verbessern. Schlusslicht bei den Bundespolitikern ist der Vorsitzende der Linkspartei Oskar Lafontaine mit einem Zustimmungswert von 20 Prozent (+1).

Von den nach der bayerischen Landtagswahl in die Diskussion geratenen CSU-Spitzenpolitikern schneidet Horst Seehofer (45 Prozent) am besten ab. Das mittlerweile zurückgetretene CSU-Spitzenduo, Günther Beckstein (-5) und Erwin Huber (-4), hatte unmittelbar nach seiner empfindlichen Wahlniederlage im DeutschlandTREND merkbliche bundesweite Einbußen hinnehmen müssen.

Kanzleralternative: Merkel baut Vorsprung vor Frank-Walter Steinmeier aus

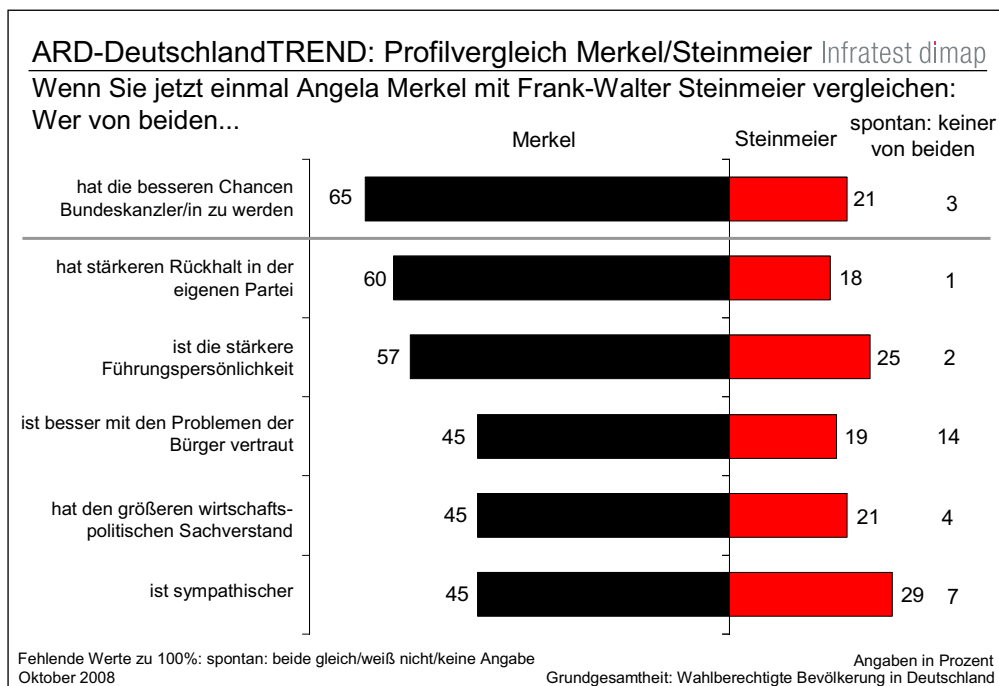
Im Sympathieurteil der Bundesbürger liegt der SPD-Außenminister gleichauf mit der CDU-Amtsinhaberin, in der Kanzlerpräferenz hat er gegenüber Angela Merkel weiterhin das Nachsehen. Auch nach der SPD-internen Klärung der Kandidaten-Frage vor drei Wochen wünschen sich nur 32 Prozent der Wahlberechtigten den Sozialdemokraten ins Kanzleramt. Angela Merkel dagegen kann im Oktober nach 48 Prozent im Vormonat auf den Zuspruch von 53 Prozent der Deutschen setzen.

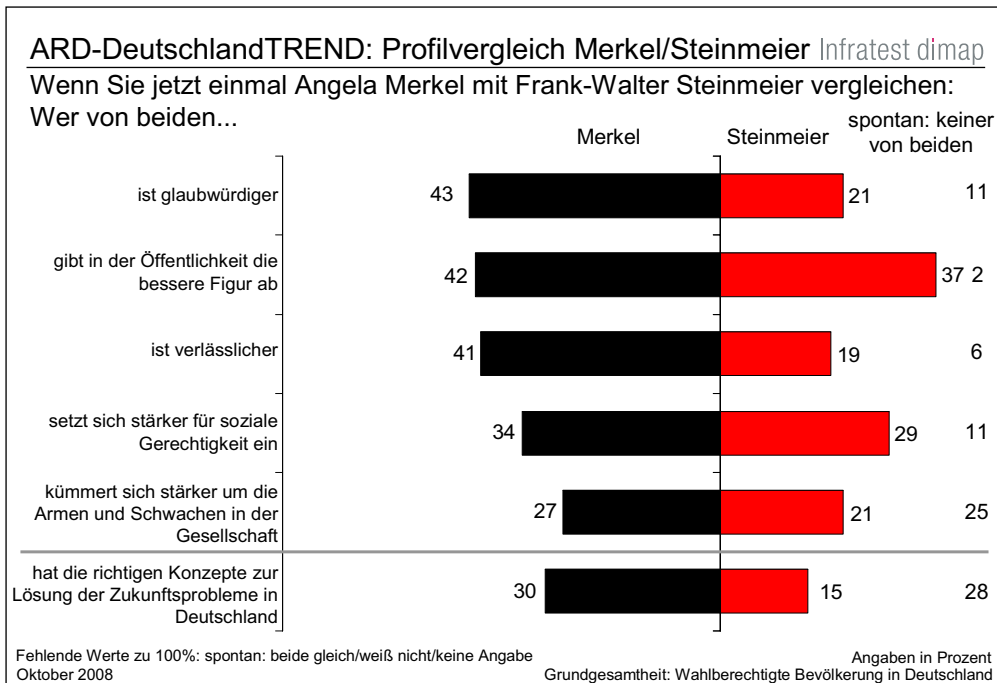


Angela Merkel weiß mit 90 Prozent die eigene Anhängerschaft zum jetzigen Zeitpunkt nahezu geschlossen hinter sich. Einen ähnlichen Rückhalt erzielt Frank-Walter Steinmeier in der Anhängerschaft seiner Partei zwar nicht, jedoch hat er gegenüber dem Vormonat deutlich an Unterstützung im SPD-Lager gewonnen.

Profilvergleich Steinmeier/Merkel: Außenpolitiker Steinmeier mit Startnachteilen

Ein Problem des populären SPD-Kandidaten scheint darin zu bestehen, dass viele Bundesbürger zwar von Frank-Walter Steinmeier ein Bild als geschulten Außenpolitiker, kaum aber als erfahrenen Innen- und Parteipolitiker haben. Entsprechend wird ihm im Vergleich zur Kanzlerin nicht nur weniger wirtschaftspolitischer Sachverstand zugeschrieben (21:45), auch auf dem SPD-Traditionsfeld, der sozialen Gerechtigkeit (29:34) bzw. beim Einsatz für die sozial Schwachen (21:27) setzen die Deutschen aktuell eher auf die CDU-Politikerin, ebenso hinsichtlich der Vertrautheit mit den Problemen der Bürger (19:45 Prozent). Unter dem Strich wird ihm aktuell nur halb so häufig wie der Amtsinhaberin zugetraut, die Zukunftsprobleme in Deutschland lösen zu können (15:30 Prozent).

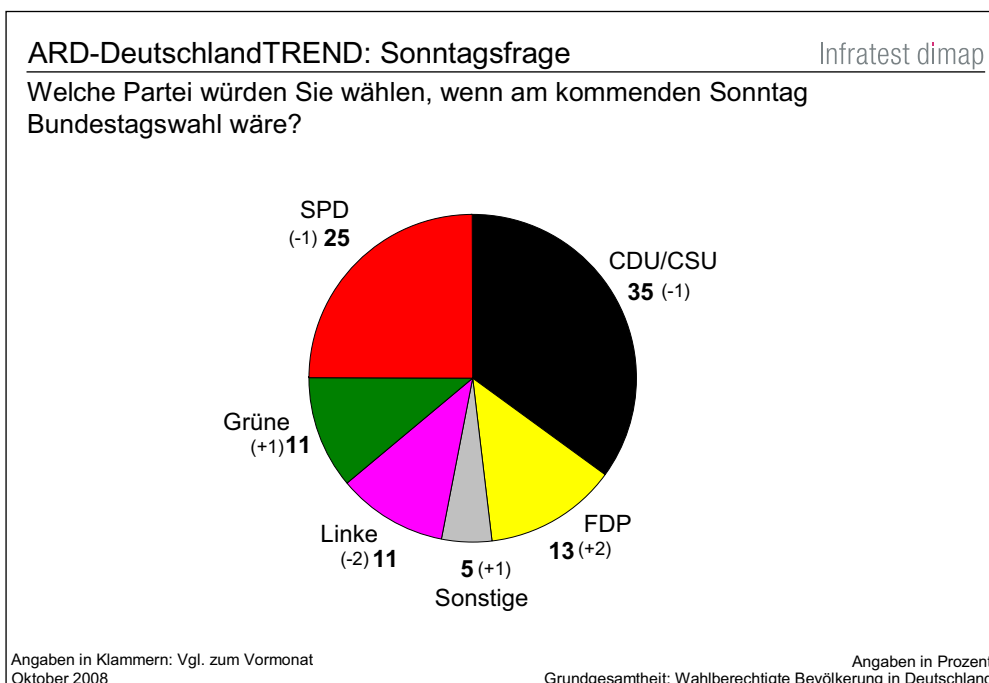




Der oberste deutsche Diplomat wird als ähnlich kompetent im Umgang mit der Öffentlichkeit beschrieben wie die Kanzlerin (37:42 Prozent), in Fragen von Glaubwürdigkeit (21:43 Prozent) und Verlässlichkeit (19:41 Prozent) hat er jedoch das Nachsehen. Dies gilt ebenso für die Zuschreibung von Führungsstärke (25:57) und damit zusammen hängend für die Sicherung eines möglichst breiten innerparteilichen Rückhalts (18:60 Prozent). Mit Blick auf die Bundestagswahl in etwa einem Jahr sind aktuell zwei Drittel (65 Prozent) überzeugt, dass die Amtsinhaberin bessere Chancen hat.

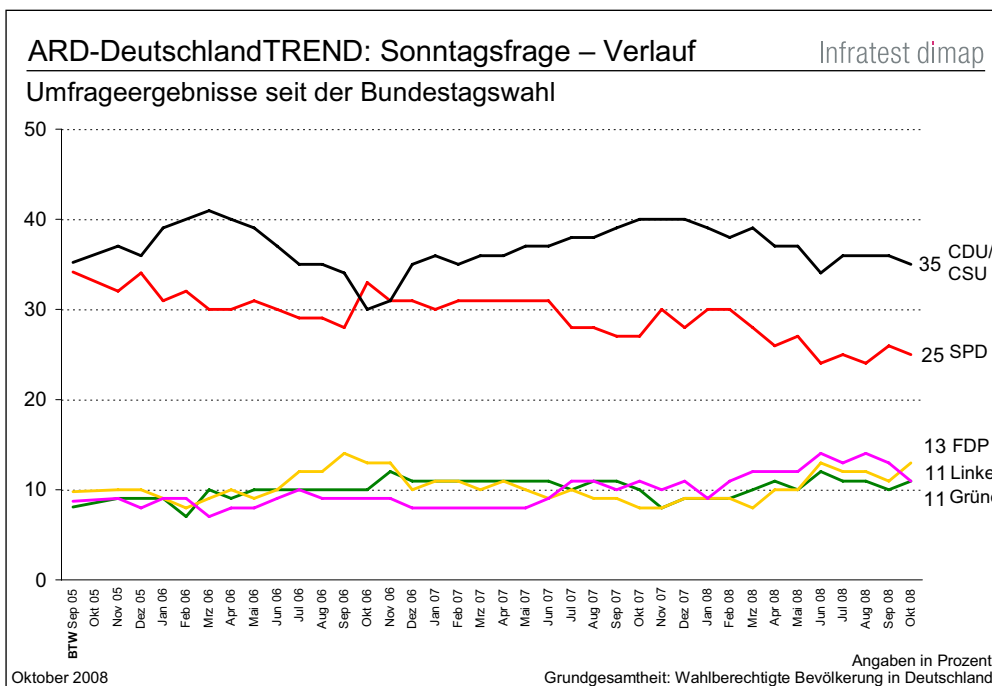
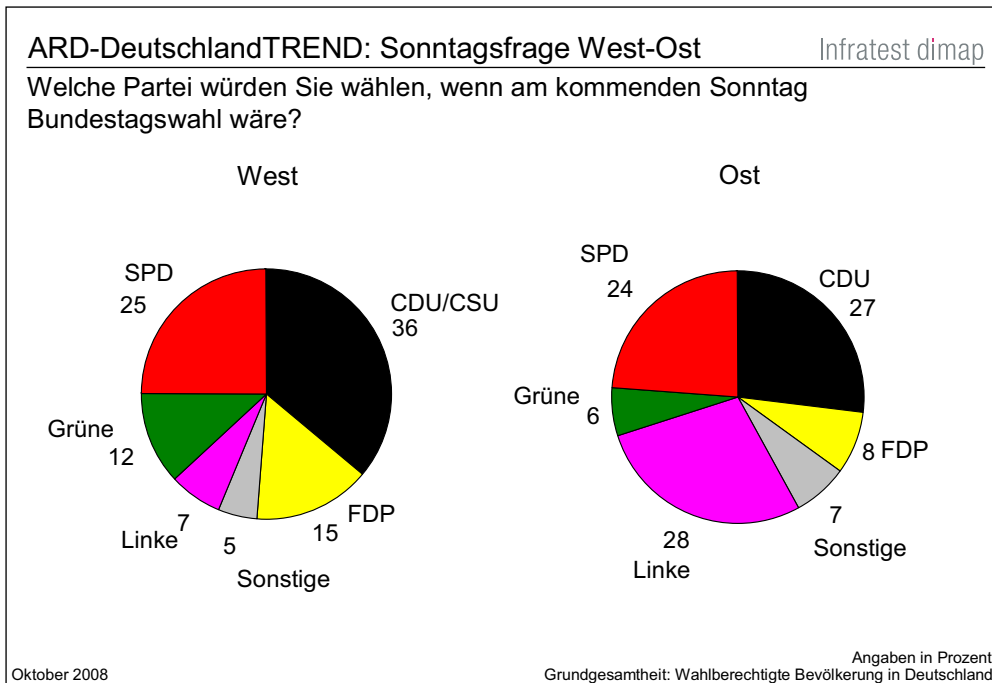
Sonntagsfrage: Verlierer der Bayernwahl mit bundesweiten Einbußen

Die Verlierer der Bayernwahl vom Sonntag geben in der Woche nach dem Urnengang auch in der bundespolitischen Stimmung nach. Die Union verliert gegenüber dem Vormonat einen Punkt und käme derzeit auf 35 Prozent. Die SPD gibt im gleichen Umfang ab und hätte 25 Prozent in Aussicht. An Rückhalt verliert auch die im Freistaat an der 5-Prozenthürde gescheiterte Linkspartei (-2), sie würde derzeit bundesweit auf 11 Prozent kommen. Die FDP verbessert sich gegenüber September um 2 Punkte, sie käme auf 13 Prozent. Die Grünen hätten 11 Prozent in Aussicht (+1). Alle anderen Parteien kämen zusammen genommen auf 5 Prozent, darunter auch im nennenswerten Umfang die Freien Wähler. Erstmals seit Dezember schneiden damit Union und FDP stärker ab als SPD, Grüne und Linkspartei.



In den **alten Bundesländern** verliert die Union 1 Punkt und käme auf 36 Prozent. Die SPD verliert im Westen sogar 2 Punkte und würde 25 Prozent erreichen. Die Liberalen legen in den alten Bundesländern 3 Punkte zu und hätten 15 Prozent in Aussicht. Die Grünen könnten mit 12 Prozent (+1) rechnen, während die Linke nach Verlust von 2 Punkten auf 7 Prozent käme.

In den **neuen Bundesländern** verliert die Union 2 Punkte und käme auf 27 Prozent. Die SPD kann im Osten gegen den bundesweiten Trend zulegen (+2) und hätte 24 Prozent in Aussicht. Trotz deutlicher Einbußen (-3) bliebe die Linkspartei mit 28 Prozent im Osten stärkste Kraft. Die FDP hätte 8 Prozent in Aussicht und legt damit 1 Punkt zu, die Grünen würden wie im September 6 Prozent erreichen.



Die Sonntagsfrage misst aktuelle Wahlneigungen und nicht tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess der Wahlbevölkerung, der erst am Wahlsonntag abgeschlossen ist. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Zum einen legen sich immer mehr Wähler kurzfristiger vor einer Wahl fest, zum anderen hat die Bedeutung der letzten Wahlkampfphase mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern durch die Parteien zugenommen.